Wir sind für eine faire Politik!

Über 40 % der Arbeitnehmer erwartet Altersarmut im Rentenalter - gehören Sie auch dazu?

Wissen Sie wie viel Rente Sie bekommen nach 45 - 40 oder 35 Rentenbeitragsjahren? Zurzeit liegt das Rentenniveau bei 48 % vom durchschnittlichen Bruttoeinkommen. Das sind 1.370 € mtl. Rente (bei Renteneintritt Ende 2016). Aber nur wenn Sie in den Rentenbeitragsjahren nicht unter dem Durchschnittseinkommen liegen und mindestens 45 Beitragsjahre nachweisen können.

Kürzungen: Das erforderliche Durchschnittseinkommen ändert sich jedes Jahr, z.B. wurden folgende Mittelwerte errechnet: 2003 > 28.938 € - 2008 > 30.506 € - 2015 > 34.999 € - 2016 > 36.267 €. Liegt das Jahreseinkommen regelmäßig 10 % unter diesen Mittelwerten, dann ist die Rente 10 % niedriger, also statt 1.370 € nur 1.233 € mtl. Rente. Zurzeit verdienen von rd. 37 Mio. Beschäftigte 19,5 Mio. weniger als 2.330 € mtl. Somit bekommen 52 % der Arbeitnehmer weniger als 800 € Rente, wenn das so bleiben sollte. Weitere Kürzungen erfolgen, wenn 45 Versicherungsjahre nicht erreicht werden. Das ist z.B. bei Studenten die Regel. Für jedes fehlende Jahr wird die Rente um 3,6 % gekürzt. Bei 10 Jahren sind das 36 %. Das durchschnittliche Arbeitsleben beträgt derzeit ohnehin nur 38 Jahre. Durch die vielen Kürzungen beträgt die durchschnittliche Rente bereits jetzt nur 1.176 € mtl.

Davon werden noch Krankenkassenbeiträge einbehalten und eventuell auch Steuern.

Unsere Lösung: Das geht auch anders, wie man das am Beispiel von Österreich, Schweiz oder Luxemburg feststellen kann. In diesen Ländern zahlen alle in die Rentenkasse ein, auch die Beamten. Durch die breitere Erhebungsbasis liegen die Sozialabgaben bei etwa 10 % und nicht bei 20 %, wie in der BRD. Das Ergebnis, dort sind die Renten 50 % bis 100 % höher als in der BRD, bei vergleichbaren Bedingungen. In Luxemburg z.B. sind die gekürzten Sozialbeiträge lohnsteuerfrei. In der BRD sind diese Zwangsabgaben lohnsteuerpflichtig. Mit der geplanten Erhöhung dieser Abgaben werden aus den 20 % schnell 30 % und mehr, einschließlich der Lohnsteuer. Damit sinkt erneut das Nettoeinkommen. Das bedeutet, wenn das Rentenalter nicht erreicht wird, wurde jahrzehntelang Rentenbeiträge finanziert und versteuert, die der pflichtversicherte Arbeitnehmer nie in Anspruch nehmen konnte.

Das muss man ändern!

Die Beamten bekommen nach 5 Dienstjahren eine **Mindestpension** 1.660 €, ab 2017. Eine vergleichbare Rente erreichen 93 % der Rentner nicht, auch wenn diese 45 Jahre Rentenversicherungsbeiträge zahlten. **Die Durchschnittspensionen liegen bei 2.840 €, auch wenn die Beamten nie Rentenbeiträge abführen mussten. Bei gleichen Arbeitsjahren und Einkommen sind die Beamtenpensionen bis zum 3-fachen höher als die Renten.** Die öffentlichen Kassen müssen in den nächsten Jahren ca. 600 Milliarden an Pensionen aufbringen, mit steigender Tendenz. Man kann das Geld nur einmal ausgeben. Was die einen mehr bekommen, bekommen andere weniger. Das Rentenniveau soll nun von 48 % auf 46 % abgesenkt werden und die Sozialversicherungsbeiträge werden erhöht, bis auf 25 %. Nur die Pfründe der Beamten bleiben erhalten.

Ist das gerecht? Das sieht doch sehr nach Selbstbedienungsladen aus.

Wie kommt es zu dieser **2-Klassen-Gesellschaft**? Das lässt sich einfach erklären. Der Bundestag ist fast zu 50 % von Beamten und sonstigen Mitarbeitern aus dem öffentlichen Dienst besetzt. Beamte (30 %) und Mitarbeiter aus sonstigen öffentlichen Körperschaften (10 - 20%) gehören zur Exekutive im Staat (ausführendes Organ). Der Bundestag und auch die Länderparlamente sind die Legislative (gesetzgebendes Organ). Wenn die Exekutive die Legislative majorisiert, besteht keine Gewaltenteilung, eine wichtige Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Somit stellt sich die

Frage:

Ist die BRD noch eine Demokratie ?

Weiterhin muss man fragen wer die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt? In der Regel sind die Parteien, insbesondere die Alt-Parteien, nur Beamtenvereine. Die Parlamente in der BRD sind nicht repräsentativ besetzt und werden von einem Berufstand beherrscht, von den 1, 9 Mio. Beamten, das sind ca. 2,5 % der Bevölkerung.

Diese Volksvertreter vertreten erst Mal ihre eigenen Interessen, **denn Beamte erhalten 71,5 % vom letzten Gehalt als Pension und bereits nach 40 Berufsjahren und nicht 48 % vom Durchschnitt der letzten 45 Jahre, wie bei den Rentnern.** Diesen Zustand haben wir den Alt-Parteien zu verdanken, denn diese haben dieses System 1957 eingeführt und nie reformiert. Das ist besonderes das Versagen der großen Koalition, die trotz Kenntnis der Fakten nichts unternommen haben. Offiziell wird alles auf den demographischen Wandel geschoben. Von diesem Wandel ist bei den Beamtenpensionen nichts festzustellen. Bei unseren Nachbarländern gibt es trotz demographischen Wandel wesentlich höhere Renten. Aber keine Extrawurst für Beamten. Unser Rentenproblem ist systembedingt. **Das kann man ändern, man muss nur richtig wählen.**